

Motion

Roland Näf-Piera (SP-Juso)

Medienbildung und Lehrplan 21

Der Regierungsrat setzt sich bei der Ausarbeitung und der Umsetzung des Lehrplans 21 für folgende Anliegen ein:

1. **Den Kompetenzen im Bereich der Medienbildung wird ein Gewicht beigemessen, das ihrer grossen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung entspricht.**
2. **Mit klaren Vorgaben zum Umfang und zur Dauer des Unterrichts in Medienwissen, Mediennutzung und Medienreflexion wird vermieden, dass die Medienbildung vernachlässigt wird.**

Begründung

Medienwissen, Mediennutzung und Medienreflexion sind wichtige Aspekte der Medienbildung in der Schule, sie werden in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Damit in den Schulen die zugehörigen Kompetenzen erworben werden, verlangt die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und Medien, dass ICT in der Schweiz in eine umfassende Medienpädagogik eingebettet werden.

Im zurzeit gültigen, kantonalen ICT-Lehrplan ist vorgesehen, dass auf der Primarstufe die Arbeit an den Zielen fächerübergreifend integriert wird, z.B. im Rahmen von projektartigem Unterricht. Diese Regelung ist nicht Erfolg versprechend, weil damit die Verantwortlichkeit durch eine eindeutige Fachzuordnung nicht geregelt wird. Schon jetzt zeigt sich, dass die Umsetzung der ICT-Vorgaben in erster Linie von den persönlichen Neigungen der Lehrpersonen abhängt. Während sich die einen Lehrpersonen mit viel Enthusiasmus zum Beispiel an Web-Design-Wettbewerben beteiligen, werden in anderen Klassen die Ziele nicht erreicht, nicht zuletzt, weil die zahlreichen besonderen Aufgaben die Lehrpersonen zu einem „Mut zur Lücke“ zwingen. Es ist klar, dass unter dem Zeitmangel vor allem Bereiche leiden, bei denen keine klaren Regelungen bestehen (spezielles Fach, konkrete Angaben bez. Lektionenzahl, überprüfbare Zielerreichung).

Die Motion ist aus formalen Gründen dringlich zu behandeln, weil die Ausarbeitung des Lehrplans 21 schon begonnen hat und Interventionen des Kantons Bern im Sinne der Motion rasch erfolgen müssen.

Muri, 15. November 2009